

Eigenheimverbot wäre ein Irrweg

VON ANTJE HÖNING

Abstrakt finden die meisten Menschen Klimaschutz wichtig. Die Natur schützen, die Schöpfung bewahren, den Kindern eine bessere Welt hinterlassen – es gibt viele gute Gründe dafür. Zumal die Uhr tickt: Schon jetzt ist es kaum noch möglich, den Anstieg der Erderwärmung mit all seinen schwerwiegenden Folgen zu stoppen. Doch wenn es an konkrete Maßnahmen geht, sieht es mit der Begeisterung gleich ganz anders aus. Klimaschutz ja, aber nicht bei mir, heißt es dann gerne. Und so gehen regelmäßig Autofahrer an die Decke, wenn über Abschaffung der Pendlerpauschale, Einführung von Tempolimits und höheren Steuern für schwere SUV diskutiert wird. Dabei ist der Verkehrssektor der Bereich in Deutschland, dessen Klimabilanz besonders miserabel ausfällt. Er schafft es nicht einmal, seine Emissionen auch nur ein bisschen zu senken, sondern erzeugt immer mehr Treibhausgas.

Nur wenig besser sieht es im Gebäudebereich aus. Hier rächt sich ein jahrzehntelanger Investitionsstau, verstärkt durch billiges russisches Gas. Aber: Gerade weil es beim Bauen um langfristige Investitionen geht, darf die Politik nicht mit der Brechstange ran. Das Debakel, das Bundeswirtschaftsminister Habeck mit seinem Heizungsgesetz erlebt, darf sich bei den Bauplänen der Städte nicht wiederholen. Die Politik ist gut beraten, die Bevölkerung durch kluge Anreize statt durch stumpfe Verbote mitzunehmen, wie gerade die Grünen schmerzhaft lernen müssen. Das Problem ist nicht das kleine Eigenheim an sich. Das Problem ist der schlecht gedämmte und fossil beheizte Bungalow in zersiedelter Landschaft. Ein Eigenheimverbot darf es nicht geben – und selbst die Grünen verzichten darauf, es zu fordern. Debatten dazu haben ihnen schon einmal einen Wahlkampf vermasselt. Viele Städte in NRW haben das Problem erkannt und setzen nun auf geschickte Vorgaben. Der richtige Weg,

Der Balkan kommt nicht zur Ruhe

VON HOLGER MÖHLE

In diesen Tagen glimmt wieder einmal eine Lunte am Pulverfass Balkan. Im Kosovo schwelt seit Jahren ein von einer breiteren Öffentlichkeit weitgehend vergessener Konflikt, der vom Ukraine-Krieg völlig überlagert wird. Es brodelt aber immer noch, in dieser von Jahren des Bürgerkriegs und Kriegs und tiefer Feindschaft zwischen den Ethnien aufgeladenen Region Europas. Auch die abgrundtiefe Abneigung zwischen Serbien und Kosovo ist geblieben. Ohne die Nato-Schutztruppe Kfor, die seit mittlerweile 24 Jahren über einen fragilen Frieden wacht, wäre der Konflikt längst wieder aufgeflammt. Nationalismus gehört auf dem Balkan leider zum Alltag.

Einen nächsten bewaffneten Konflikt oder gar Krieg kann sich Europa nicht leisten. Doch der Balkan kommt nicht zur Ruhe, wie die Proteste militanten Serben zeigen. Erst boykottierten sie die Kommunalwahl im Norden des Kosovo, und nun kämpfen sie mit Gewalt gegen die Einsetzung neuer Bürgermeister, die aus der albanischen Volksgruppe stammen und als Sieger aus der Wahl hervorgegangen sind. Die Staaten des westlichen Balkans drängen – teilweise seit vielen Jahren – in die Europäische Union. Hoffen und Bangen zwischen EU-Annäherung und EU-Kandidatenstatus. Wer wirklich nach Europa will, muss vor allem aber eines mitbringen: ein Plus an Stabilität.

Ohne eine Lösung des Kosovo-Konfliktes, dürfte es mit einem EU-Beitritt von Serbien weiter dauern. Ge-sprächen der Annäherung zwischen Serbien und Kosovo etwa zur Akzeptanz von Amtskennzeichen und Reisepässen fehlt bislang die Umsetzung. Doch nur muss sich die internationale Gemeinschaft erneut um den Frieden im Kosovo sorgen. Die jüngste Aggression durch militante Serben im Norden mit Angriffen auf die Schutztruppe Kfor führt vor Augen: Der Balkan ist wieder jederzeit leicht entflammbar. Und ohne die Schutztruppe würde es schon lichterloh brennen.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Diese extreme Emotion ist destruktiv, sie führt oft zu Gewalt und ist deshalb so verpönt wie keine andere. Doch ist das berechtigt? Schließlich gibt es hassenswerte Zustände. Und Menschen, die Grund zu hassen haben.

Wozu Hass gut sein kann

VON DOROTHEE KRINGS

Wenn es ums Hassen geht, ist die Einordnung klar: Hass gilt als destruktive Kraft, die Menschen gegeneinander aufbringt und tendenziell zu Gewalt führt. Dafür liefert die Gegenwart genügend Beispiele. Schon Kinder erleben Hass auf dem Schulhof, es gibt Hass in Beziehungen, unter Nachbarn, gegen Menschen, die anders aussehen als der Mainstream, Hass auf Politiker, auf den Staat, zwischen Nationen. Wo bei der Begriff unscharf verhandelt wird für alles, was mit Abneigung, Feindseligkeit, verbalen oder körperlichen Angriffen zu tun hat: Das reicht vom Hass auf Frauen bis zu „Hate Speech“, den gewaltvollen Tiraden im Internet. Doch erscheint Hass fast immer als eine Art Entgleisung Einzelner, als die negative Abweichung von der friedlichen Norm, die von der Mehrheit doch angestrebt wird. Selten geht es darum, welche Strukturen den Hass hervorbringen. Oder gegen welche er sich richtet.

„Mich interessiert Hass von unten, der ungerechte Verhältnisse anprangert“

Seyda Kurt
Autorin

Die einhellige Verurteilung des Hasses kann also auch stützig machen. Denn natürlich gibt es hassenswerte Zustände. Und unterdrückte Menschen, die Grund zu hassen haben. Hass kann ja durchaus ein Indiz für Benachteiligung und das Auflehnen gegen Ohnmacht sein, und damit auch ein Mittel zur Selbstermächtigung. Zu erleben etwa, als mutige Frauen im Iran aus Hass auf das Regime der Islamisten ihre Kopftücher verbrannt. Hass in Bausch und Bogen zu verdammen, bedeutet also womöglich, ungerechte Zustände am Leben zu erhalten. Nicht genau wissen zu wollen, wer warum Grund hat, zu hassen. Und wer davon profitiert.

Die Publizistin Seyda Kurt hat sich gerade in einem Buch mit dem Hass beschäftigt. Mit seinen Formen, Ursach-

chen, Motiven, mit stiller, struktureller Gewalt, die ihn heraufbeschwört und mit den Mechanismen, die den entlarvenden Hass unterdrücken sollen. Kurt geht es um die „Verzahnung“ gewisser Vorstellungen von Hass und Herrschaft. Mit der Philosophin Hilge Landwehr unterscheidet Kurt zwischen der „Verachtung von oben“ und dem „Hass von unten“. In einer Klassengesellschaft wende sich die Klasse der Besitzenden mit Verachtung von den Ärmern ab, spreche ihnen teils sogar die Menschlichkeit ab. Während jene, die unten stehen, die Unterdrückter ernst nehmen müssten und sich auf sie fixierten. „Mich interessiert Hass von unten, der ungerechte Verhältnisse anprangert“, sagt Kurt. Man begegne ihm in Klassenkämpfen, feministischen und anticolonialen Kämpfen.

Ein entlarvender Hass kann für Kurt also durchaus eine emanzipatorische Funktion erfüllen. Wobei die Publizistin nicht davon ausgeht, dass aus Hass etwas Positives „erwächst“. Vielmehr glaubt Kurt an die Gleichzeitigkeit: Menschen könnten bestimmte Verhältnisse einerseits hassen, sich zur selben Zeit aber auch zusammenfinden, um solidarisch am Wandel zu arbeiten. „Es gibt einen zerstörerischen, reaktionären Hass, der Menschen in die Isolation führt, aber es gibt auch transformatorischen Hass, der Menschen ermächtigt und zu politisch wirksamen Gemeinschaften zusammenführt“, sagt Kurt. Sie nennt das strategischen Hass. Ein Hass, der sich seiner Ursachen und Ziele bewusst ist und nicht im Selbstzweck verharrt, sondern Solidarisierung zur Folge hat.

Auch die Berliner SPD-Politikerin Sawan Chebli beschäftigt sich in ihrem neuen Buch mit dem Hass – und erklärt gleich zu Beginn, warum sie trotz all der Hass-Nachrichten, die sie selbst aus dem Netz erhält, nicht aufhört, sich in den digitalen Netzwerken zu Wort

INFO

Über den Hass wird neu nachgedacht

Bücher Eine Reihe von Autorinnen hat sich in jüngster Zeit mit den Ursachen und der Wirkung von Hass beschäftigt und Bücher dazu verfasst.

Emcke In ihrer engagierten Analyse „Gegen den Hass“ rief die Publizistin Carolin Emcke 2016 dazu auf, die Stimme gegen jene zu erheben, die mit ihrem Hass eine offene, plurale Gesellschaft zerstören wollen. Unter anderem für diesen Essay bekam sie im selben Jahr den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. „Gegen den Hass“, Fischer, 240 Seiten, 11 Euro

Kurt Die in Köln und Berlin lebende Publizistin Seyda Kurt nimmt in ihrer Neubewertung des Hasses als „widerständiges Gefühl“ auch Bezug auf die Schrift von Carolin Emcke und interessiert sich für das emanzipatorische Potenzial des Hasses. „Hass“, Harper Collins, 208 Seiten, 18 Euro

Chebli Die SPD-Politikerin Sawan Chebli schildert gemeinsam mit ihrer Co-Autorin Miriam Stein ihren eigenen Werdegang und macht sich Gedanken darüber, was Hass im Netz ist, was die Ursachen sind und wie jeder Einzelne und wie die Gesellschaft diesen Hass stoppen können. „Laut“, Goldmann, 240 Seiten, 18 Euro



Im Iran entlädt sich der aufgestaute Hass der Frauen. FOTO: AP

WISSENSDRANG

Die Benin-Bronzen, eine Sammlung kunstvoller Metallarbeiten und Skulpturen, wurden 1897 von britischen Truppen bei der Plünderung des Königspalastes von Benin (heute Nigeria) erbeutet und später an europäische Museen und Privatsammlungen verkauft. Seit Langem wird in England und Deutschland die Rückgabe der Bronzen als Geste der Gerechtigkeit und Wiedergutmachung kolonialen Unrechts gefordert. Deutschland gewann den Tugendwettbewerb und gab die ersten Bronzen an Nigeria zurück. Der Präsident stellte sie nicht ins Museum, sondern übergab sie – als Gegenleistung für Wahlkampfhilfe – dem Oben von Benin, dem Oberhaupt der 1897 ausgeraubten Königsfamilie. Wenn man Wiedergutmachung mit

Gerechtigkeit sieht anders aus

Offenbar spielten moralische Fragen keine Rolle bei der Rückgabe der Benin-Bronzen.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

der Rückgabe von Raubkunst gleichsetzt und die Frage der Zugänglichkeit bedeutender Kunstwerke für die Öffentlichkeit ausklammert), scheint also alles in bester Ordnung. Versteht man jedoch unter Wiedergutmachung kolonialen Unrechts die Unterstützung der Nachkommen der Opfer und nicht der Mittäter, sieht die Sache anders aus. Die Oben-Familie war seit dem 16. Jahrhundert durch den Sklavenhandel mit den Portugiesen reich und mächtig geworden. Von diesen erhielt sie Feuerwaffen, um ihre Nachbarn zu versklaven. Mit den rund zwei Millionen Sklaven für die Plantagen in Übersee bezahlten sie Metalle aus dem Rheinland. Aus diesen wurden die Bronzekerne gegossen, denen auch Menschenopfer gebracht wurden. Die Organisation

Restitution Study Group fordert, die Bronzen in den Museen zu lassen und lieber die Nachfahren der Opfer der beninischen Gewaltherrschaft zu entschädigen. Heute wäre es wohl möglich, sie per DNA zu identifizieren. Die Regierung sieht hier offenbar kein moralisches Dilemma, noch besteht sie der internationalen Öffentlichkeit ein Recht auf Zugang zu historisch bedeutender Kunst zu. Sie stellt sich naiv: Gestohlenen Eigentum ist zurückzugeben – auch wenn es aus dem Sklavenhandel stammt und dazu dient, die Wahlgelassenen einer korrupten Elite zu finanzieren.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.